

## 2 Euro-Crash: Die Nebelschleier lichten sich, Teil 2

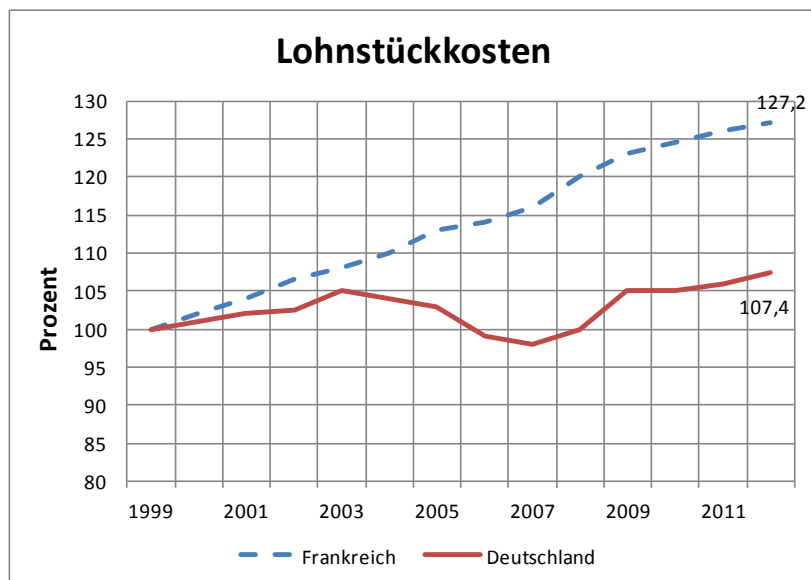
Der Euro ist verantwortlich für die Fehlallokation der Ressourcen in Europa und er war das Einfallstor für die Finanzhaie des Globalkapitalismus.

Von Hermann Patzak

### 2.1 Die Missachtung ökonomischer Gesetze

Die Theorie der optimalen Allokation der Produktionsfaktoren besagt, dass der Markt- und Preismechanismus die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) immer dorthin lenkt, wo sie die größte Produktivität entwickeln. Sie geht auf Adam Smith<sup>5</sup> zurück und ist im Prinzip heute noch gültig. Aber ihr Absolutheitsanspruch muss relativiert werden, weil sie eine statische Theorie ist, die die künftige Entwicklung der Produktionsfaktoren nicht berücksichtigt. Würde man diese zeitliche Dimension noch berücksichtigen, so müsste man „eine Theorie der Tauschwerte und eine **Theorie der produktiven Kräfte**“<sup>6</sup> unterscheiden. Doch selbst wenn man nur die eingeschränkte statische Theorie als Beurteilungsmaßstab zugrunde legt, muss man feststellen, dass EU und Euro sich „redlich bemüht“ haben, die Produktionsfaktoren dort hin zu lenken, wo sie zwar die Rendite erhöhen, nicht aber die Produktivität. Europas Wirtschaft ist durch den Euro in der Welt weit zurückgefallen.

Den einzelnen Mitgliedsstaaten verbot man bei empfindlicher Geldstrafe jegliche Subventionierung von Unternehmungen und Branchen. Die EU-Kommission und sämtliche anderen Gremien aber betrieben sie im großen Stil! Die Subventionsinstrumente waren die Nettozahlungen und Niedrigzinsen, in deren Genuss die ökonomisch schwachen Euro-Länder kamen. Doch deren Produktivität sank dadurch noch weiter. Kein Bild verrät diese zunehmende Divergenz deutlicher als die Entwicklung der Lohnstückkosten seit 1999 (Einführung des Euro). Wir beschränken uns auf die Gegenüberstellung der Lohnstückkosten in Frankreich und Deutschland in dieser Zeit<sup>7</sup>:



<sup>5</sup> Englischer Nationalökonom, 1723 – 1790.

<sup>6</sup> Friedrich List: Das nationale System der Politischen Ökonomie, Stuttgart 1841, Seite 29.

<sup>7</sup> Zahlen aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.04.2012 Seite 12.

In den 13 Jahren seit Einführung des Euro ist die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu der Frankreichs um 19,8 Prozent gestiegen. Diese Größenordnung gilt in etwa auch für das Gros der übrigen Euro-Staaten, insbesondere für Portugal, Spanien und Italien. Den durch EU und Euro verursachten Kapitalabfluss mussten die Deutschen durch erhöhte Anstrengungen ausgleichen, während die anderen Länder im „Geldregen“ badeten und ohne eigenes Zutun reicher wurden!

Wir können ruhigen Gewissens behaupten, dass weder Deutschlands Kanzler Helmut Kohl noch sein Vize Hans-Dietrich Genscher oder Theo Waigel, der Finanzminister, von den geschilderten ökonomischen Wirkungskräften einen „blassen Schimmer“ hatten, als sie die DM gegen den Euro eintauschten. Ihre Polit-Erben erweisen sich heute sogar resistent gegen jegliche Einsicht, obwohl sich die Situation Europas trotz der ständigen Rettungsversuche immer weiter verschlechtert. Den notorischen Euro-Rettern ist es weder gelungen, die Staatsschulden abzubauen, noch die Wettbewerbsfähigkeit der überschuldeten Volkswirtschaften zu erhöhen. Die Rettungsversuche selbst haben die Situation sogar noch weiter verschärft. Nach Griechenland, Irland und Portugal sind nun auch Spanien und Italien gefährdet. Belgien und Frankreich werden als nächste Risiko-Kandidaten genannt. Spätestens bei Eintritt des Haftungsfalles für Spanien oder Italien würde dies dann auch die Finanzkraft Deutschlands überfordern und der gefürchtete Zusammenbruch der gemeinsamen Währung wäre nicht mehr zu vermeiden.

Dass die Rettungsversuche misslingen würden, war vorhersehbar. Wir haben vor zwei Jahren ausführlich begründet, warum es so kommen musste.<sup>8</sup> Die der Politik dienstbaren Ökonomen haben sich unsterblich blamiert, sie haben die bekannten Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie (Multiplikator, Akzelerator) und die historischen Erfahrungen (die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930iger Jahre) ignoriert. Sie verlangten von den Menschen die Hinnahme von Einkommenseinbußen in der Größenordnung von 30 Prozent und mehr, die sich politisch niemals realisieren lassen. Eine Erfahrung, die der Reichskanzler Heinrich Brüning in der Weimarer Republik und die Deutschen leidvoll machen mussten. Die mit den Rettungskrediten verbundenen Spar- und Reformauflagen von EU-Kommission und IWF haben die wirtschaftliche Situation der Menschen in den betroffenen Ländern in kürzester Zeit so weit verschlechtert, dass sie nicht mehr gewillt sind, das verordnete **Rettungsdiktat Sparen und Reformen** hinzunehmen.

## 2.2 Die Lehren aus der jüngeren Wirtschaftsgeschichte

In dieser vertrackten Situation wittern die Oppositionsparteien in allen Euro-Ländern die Chance, die Regierungsparteien von der Macht zu verdrängen. Sie versprechen den rettungsgeschädigten Bürgern, sie ohne die existenzbedrohenden Einkommenseinbußen aus der Krise zu führen. Ihr „Zauberwort“ heißt Wirtschaftswachstum. Damit zeigt die Achillesferse der Demokratie: Wahlversprechen und Wahlgeschenke als Mittel zur Machterlangung, wieder einmal ihre unheilvolle Wirkung. Diese Verlockung gilt auch für die Länder der Euro-Union, die für den drohenden Kreditausfall gerade stehen müssten. Sie dürfen wieder hoffen, doch noch ungeschoren aus der Krise zu kommen. Somit kulminiert die neue „Wachstumslosung“ zu der Frage, ob sich die Euro-Krise auf diese Weise für alle Beteiligten doch noch zu einem guten Ende wenden kann?

Um die Frage beurteilen zu können, lohnt sich ein kurzer Blick in die jüngere Wirtschaftsgeschichte: Zu Beginn der 1970iger Jahre war es in Mode gekommen, dass Staa-

---

<sup>8</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Hermann Patzak: „Euro und EU am Abgrund, Teil 6, das Nettoverschuldungsparadoxon“, in [www.hpatzak.de/Grundlagen](http://www.hpatzak.de/Grundlagen), vom 23.04.2010.

ten vermeinten, ihr Wirtschaftswachstum durch Staatsausgabensteigerung nachhaltig steigern zu können. Das Motiv der an die Regierungsmacht strebenden Parteipolitiker war damals das Selbe wie heute, sie wollten gewählt werden und versprachen ihren Wahlbürgern Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Zusätzlichen Staatsausgaben, die natürlich auch damals mit Schulden finanziert werden mussten, sollten das bringen. Die Ökonomen, die das befürworteten, beriefen sich auf John Maynard Keynes und seine Lehre<sup>9</sup>. Doch sie taten das zu Unrecht, denn Keynes hatte seine Theorie aus den Erfahrungen und der Analyse der Weltwirtschaftskrise in den 1930iger Jahren erstellt. Sie wurde damals durch Aktienspekulationen verursacht, die einen totalen **Konjunkturreinbruch** auslösten. Das erforderte damals eine einmalige – keine fortwährende – Staatsausgabensteigerung zur Überwindung der Krise. Wie erfolgreich diese Methode der Konjunkturankurbelung ist, hatte Deutschland nach 1933 – also drei Jahre vor der Veröffentlichung der Keynes'schen Theorie – auf Anraten von Wilhelm Lautenbach, einem Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, erfolgreich vorexerziert.

Alle Staaten, die seitdem auf das Keynes'sche Rezept der Staatsausgabensteigerung zurückgriffen, um **langfristiges Wirtschaftswachstum** zu erzeugen, sind kläglich gescheitert. Auch die Bundesrepublik unter den Regierungen von Willi Brandt und Helmut Schmidt gehören dazu. Ansatzweise probierte es auch SPD Kanzler Gerhard Schröder. Die südeuropäischen Länder haben die Rezeptur nach dem Zweiten Weltkrieg exzessiv angewandt. Sie bescherte ihnen Inflation und damit ständige Währungsabwertungen, ohne dass ein nennenswertes Wirtschaftswachstum entstanden wäre. Als sie Mitglieder der Euro-Währungsunion geworden waren, scherteten sie sich bald nicht mehr um die sog. Konvergenzkriterien, die sie kurzfristig anvisiert hatten, um die Vorteile zu erlangen, die der Euro versprach.

Als sie danach wieder mit dem „alten Schlendrian“ weitermachten, hatten sie und die Finanzindustrie offensichtlich keine Ahnung, welche Folgen diese Schuldenpolitik in einer Währungsunion hat. Das Korrektiv des Marktes, die Abwertung der eigenen Währung als Folge der Schuldenpolitik, war weggefallen. Als dann infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise das Wachstum dieser Länder einbrach und den Gläubigern klar wurde, dass diese Staaten ihre Schulden nicht mehr bezahlen würden können, war es vorbei mit der Herrlichkeit. Jetzt mussten andere Euro-Länder einspringen, angeblich Solidarität beweisen und die Schulden bezahlen. Doch **in Wirklichkeit ging es der Politiker-Kaste darum, das Banken- und Finanzsystem und den Euro zu retten!** Jetzt müssen alle Europäer die Vision ihrer Politiker bezahlen. Für die einen war er ein Friedensprojekt (Helmut Kohl), für andere der Weg, ohne große eigene Anstrengungen Wohlstand zu erlangen, wieder andere sahen in ihm die Möglichkeit, Deutschland und seine Wirtschaftskraft für eigene Zwecke nutzbar zu machen und auszubeuten! Wenn die Rettung nicht gelingt, dann bleiben die Euro-Retter auf ihren Überbrückungskrediten sitzen, die dann von den Steuerzahlern in diesen Ländern aufgebracht werden müssen. Sie trifft es, ganz egal, ob die Rettungsbemühungen über Rettungsschirme (EFS, ESM), Staatsanleihen-Käufe der EZB oder Target-Kredite erfolgt sind.

Das ist die Situation heute – Anfang Juni 2012. Es ist genau das Gegenteil der heutzutage so gern zitierten „Win-Win-Situation“ eingetreten: **Alle Europäer müssen für das Steckenpferd ihrer Politiker – den Euro – bezahlen.** Für die einen haben sich die Hoffnungen der leichten Wohlfahrtgewinne nicht erfüllt. Was sie in den ersten Jahren des Euro kurzfristig gewonnen haben, ist längst wieder zerronnen. Den anderen – insbeson-

---

<sup>9</sup> John Maynard Keynes' Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, erschienen 1936.

dere den Deutschen – hatte man eingeredet, sie seien durch den Euro reicher geworden, obwohl nachweisbar genau das Gegenteil eingetreten ist. Und jetzt werden sie nochmals zur Kasse gebeten. Es wird immer wahrscheinlicher, dass die Überbrückungskredite verloren gehen und sie als Bürgen dafür gerade stehen müssen, obwohl ihre Regierung und alle Parteien, die die Rettungspakete im Bundestag abgesegnet haben, versprochen hatten, dass dieser Fall nicht eintreten werde.

## 2.3 Der Euro als Mittel für imperiale Vorteilsnahmen

Die vermeintlichen, weil nur kurzfristigen ökonomischen Vorteile, wurden in der Vergangenheit für parteipolitische Vorteilsnahmen in den europäischen Ländern missbraucht. Heute wollen die Oppositionsparteien wieder aus dem Euro ihren Nutzen ziehen. Diesmal sind es die Schäden, die der Euro angerichtet hat. Der Paradigmenwechsel „Euro-Rettung durch Wachstum“ soll sie wieder an die Macht spülen. Doch auch außerhalb der Währungsunion gibt es Interessenten, die auf den Euro und diesen Paradigmenwechsel setzen. Es sind die USA und England, die Heimatländer der globalen Finanzindustrie und Spekulation. Ihnen geht es um die Machterhaltung im weltpolitischen Machtpoker.

Beide haben ein vitales Interesse am Erhalt des Euro. Sie geben vor, durch die Euro-Krise selbst schaden zu erleiden, weshalb sie sich anmaßen, den Europäern vorzuschreiben, was sie jetzt zu tun hätten. Doch damit lenken sie davon ab, dass sie von Anfang an ein vitales Interesse an dem „politischen Projekt Euro“ hatten. Um es präzise zu sagen, sie hatten und haben **ein Interesse an einem schwachen Euro!** Er bescherte ihnen nämlich einen großen gemeinsamen Markt, auf dem hervorragende Renditen erzielt werden können. Es geht ihnen primär dabei aber nicht um den großen gemeinsamen Absatzmarkt, denn die Produktion von Gütern und Leistungen ist schon lange nicht mehr die Stärke dieser beiden Volkswirtschaften. Sie haben sich auf Finanz- und Spekulationsgeschäfte verlegt. Je schwächer der Euro (sein Außenwert) ist, desto billiger kommt sie der Aufkauf des Produktivvermögens in den Euro-Ländern. Die Devise des modernen Globalcapitalismus – über die niemand spricht – heißt: **Arbeiten können die anderen, es genügt, wenn man die dabei entstehenden Gewinne abschöpft.** Der Euro war hierfür das geeignetste Mittel. Mit dem Wegfall der DM, deren hoher und jährlich steigender Außenwert wie ein Schutzwall diese Begehrlichkeiten abprallen ließ, wurden die Schleusen geöffnet, sich die leistungsfähigsten deutschen Unternehmen und ihr leistungsfähiges Personal anzueignen. Was sich hier – nach Einführung des Euro – abspielte, ist Neokolonialismus globalcapitalistischer Prägung in Perfektion!

Wer glaubt, dass diese Feststellungen überzogen seien, der möge die wenigen Zahlen zur Kenntnis nehmen, die im Wirtschaftsteil der deutschen Zeitungen darüber veröffentlicht wurden. Unmittelbar nach dem Wegfall des DM-Schutzwalles stiegen die Aufkäufe deutscher Unternehmen in noch nie dagewesene Höhen. Im Nu waren die größten 30 deutschen Aktiengesellschaften (Dax-30 Unternehmen) mehrheitlich in ausländische Hände übergegangen. Über einzelne Exzesse der Aufkauforgien hat man sich gelegentlich erregt, wobei auch schon einmal das Wort „Heuschrecken“ fiel (Münzfering). Von den Schäden, die der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes dadurch zugefügt wurden, hat man nie etwas gelesen. Die Medien schrieben im Gegenteil, dass diese Aufkäufe ein Beweis für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien. Dem Euro würden die Deutschen auch die hohen Exportüberschüsse verdanken, auf die sie stolz sein könnten.

Doch die ökonomischen Fakten sprechen eine andere Sprache: Nach der Einführung des Euro ist das Wirtschaftswachstum Deutschlands empfindlich eingebrochen und in der Skala der Pro-Kopf Einkommen sind Deutschen seitdem in Europa immer weiter nach

unten durchgereicht worden. Die wenigsten haben das gemerkt, nur die unmittelbar Betroffenen: die Hartz IV Empfänger, die Leiharbeiter, die Geringverdiener und Kleinrentner haben den Einbruch unmittelbar zu spüren bekommen. Dem Gros des Volkes ist diese Entwicklung nicht aufgefallen. Wer liest denn schon die Statistiken von Eurostat, Sachverständigenrat oder dem Bundesamt für Statistik, in denen die Wachstums- und Einkommensentwicklungen aufgelistet sind? Welcher Normalbürger kann wissen, dass die deutschen Banken die Ersparnisse im Inland zur Kreditgewährung an die Importeure der anderen Euro-Länder verwendet haben, damit diese die Importüberschüsse bezahlen konnten? Ersparnisse, aus denen die viel gepriesenen kapitalbasierten Renten einmal gezahlt werden sollen, die den „Generationenvertrag“ ablösen sollten, damit das (internationale) Finanzkapital auch daran gute Renditen abkassieren kann. Oder wer kann gar erkennen, dass diese Gelder der deutschen Wirtschaft gefehlt haben, weshalb ihre Wachstumsraten wegen des Euro eingebrochen sind? Die Experten aus Politik und Wirtschaft aber mussten diese Zahlen gekannt haben, doch sie haben sie nicht unters Volk gebracht. Warum eigentlich nicht? Erst seit Beginn der Euro-Krise haben einige Ökonomen in Deutschland (vor allem Hans-Werner Sinn) auf diese Entwicklungen verwiesen. Dabei hätte es den Ökonomie-Experten von Anfang an klar sein müssen, dass der Euro für Deutschland diese verheerenden Folgen haben musste.

In der Fortsetzung dieser Artikelserie „Die Nebelschwaden lichten sich“ erfahren Sie, wie England und die USA ihr Interesse an einem schwachen Euro kaschieren und wie einfach es für die deutschen Ökonomie-Experten gewesen wäre, die Schäden zu erkennen, die der Euro der deutschen Volkswirtschaft zufügen würde.